

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

17. Jahrgang

Berlin, den 17. März 1950

Nummer 12

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Gewinne und Selbstfinanzierung in Großbritannien

Problematische Selbstfinanzierung

Die Selbstfinanzierung der Unternehmungen gewann in den letzten Jahrzehnten für die Bereitstellung von Investitionskapital steigende Bedeutung. Diese Tendenz wurde in Ländern, die wie Westdeutschland einer ausgesprochen freien, nur durch die Konkurrenz gesteuerten Marktwirtschaft zustreben, nicht minder deutlich als in den Vereinigten Staaten, die auf den New Deal den Fair Deal folgen ließen, und in Großbritannien, das eine Lenkung der volkswirtschaftlichen Investitionen durch die öffentliche Hand erstrebt. Die für eine Selbstfinanzierung die Voraussetzung bildenden hohen Bruttogewinne der Wirtschaft sind aber gleichzeitig, insbesondere wieder in Großbritannien, wo die Egalisierung der Einkommen beachtliche Fortschritte erzielt hat, ein Hauptangriffspunkt der Lohnpolitik, da sie die letzte nicht ausgeschöpfte Quelle weiterer Lohnsteigerungen zu sein scheinen.

Die zunehmende Verlagerung der Investitionsfinanzierung vom Kapitalmarkt, auf dem die Investitionsvorhaben dem Konkurrenzprinzip unterworfen sind, auf eigene Mittel der Unternehmungen stellt eine der bedeutsamsten Veränderungen des westlichen Wirtschaftssystems dar. Noch ist nicht ganz ersichtlich, ob es sich hierbei nur um eine Begleiterscheinung einer Inflationsperiode handelt, die abnorm große Gewinne gestattete, oder um eine Abwehrmaßnahme der Wirtschaft gegen übermäßige Belastung durch die öffentliche Hand; insoweit könnte man die erhöhte Selbstfinanzierung, wenigstens in den letzten Jahren und gegenwärtig noch, geradezu als volkswirtschaftlich gerechtfertigt ansehen, da sie dann im Interesse der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft unausweichlich erscheint. Für die Entwicklung der westlichen Wirtschaftsverfassung ist dabei bedeutsam, daß die Verlagerung der Investitionsfinanzierung gleichzeitig zu einer zunehmenden Verselbständigung der Unternehmungen führt. Die überhöhten, weitgehend dem Kon-

sum zufließenden Steuer- und Sozialbelastungen haben zu einer Stützung des Konsums geführt. Die dadurch bedingte gehemmte Sparkapitalbildung wird auf dem Wege des Preis-Mechanismus automatisch ersetzt. Die inflationierte Konsumenten-nachfrage erlaubt den Unternehmungen in einer gemeinsam ausgenutzten Form beschränkten Wettbewerbs bei einem hohen Preisniveau laufend einen Selbstfinanzierungszuschlag zu realisieren, aus dem der Kapitalbedarf gedeckt werden kann. Daneben gewinnt die öffentliche Kapitalbildung (aus Steuermitteln) wachsende Bedeutung, und es fragt sich, ob und in welchem Umfang Selbstfinanzierung und öffentliche Kapitalbildung normale Elemente des Wirtschaftsprozesses werden können.

Ganz wesentlich erscheint die Überlegung, ob der Investitionsbedarf der Unternehmungen im Zusammenhang mit dem hohen öffentlichen Verbrauch und der vorherrschenden privaten Konsumneigung etwa selbst Anlaß des anhaltenden — durch die Kreditpolitik nur zugelassenen, aber nicht verursachten — inflationistischen Drucks oder eines inflatorisch überhöhten Preisstandes ist, und ob die weitgehende Ausschaltung der Konkurrenz im „seller's market“ sowie die Ermöglichung partieller Fehlinvestitionen nicht zum Nachteil der gesamten Volkswirtschaft ausschlagen; auch die Frage, ob die Kapitalbildung der öffentlichen Hand ohne ähnliche Wirkungen die derzeitige Selbstfinanzierung ersetzen könnte, bedarf noch sorgsamster Untersuchung. Jedenfalls zeichnen sich hier Wandlungen im Funktionsmechanismus der modernen westlichen Wirtschaft ab, die mit wirtschaftspolitischen Angriffen sowohl von seiten der Lohnempfänger, die sich z. T. sicher mit Recht geschädigt fühlen, als auch der Vertreter der freien Marktwirtschaft, die die Rückkehr zu der heute vielfach gar nicht ohne weiteres möglichen „ausreichenden“ Sparkapitalbildung empfehlen, nicht geklärt werden können, aber gerade da sie auf die Fragwürdigkeit dieser

Erscheinungen wenigstens hinweisen, dringend einer Klärung bedürfen.

Die Entwicklung in Großbritannien als Beispiel

Einen Überblick über die Gewinnentwicklung der Gesellschaften in Großbritannien im letzten Jahrzehnt vermittelt das „White Paper on the National Income“, das im Frühjahr 1949 vorgelegt wurde.

Gesellschaftsgewinne in Großbritannien¹⁾
Mill. £

	1938	1946	1947	1948
Geschäftsgewinne ²⁾ (Trading profits of companies)	543	1219	1393	1639
Sonstige Einkommen (Other income)	220	277	291	306
Gesamtgewinne (Total income)	763	1496	1684	1945
Dividenden und Zinsen (Dividends and deb. interest [gross])	506	711	744	730
Gewinne (Gross additions to reserves)	257	785	940	1215
Steuern (Taxation)	87	500	515	670
Reingewinne (Net addition to free reserves)	170	285	425	545

¹⁾ „The Economist“, 9. April 1949. — ²⁾ Geschäftserträge abzügl. Betriebskosten, jedoch ohne Berücksichtigung von Zinsen, Dividenden und Steuern.

Nach den offiziellen Angaben stiegen also die Geschäftsgewinne der Gesellschaften zwischen 1938 und 1948 um rd. 200 vH, die Gesamtgewinne um 155 vH. Die steuerliche Belastung dagegen nahm im gleichen Zeitraum um 600 vH zu. An Zinsen und Dividenden wurden 1948 aber nur rd. 44 vH mehr als 1938 ausgezahlt. Die als Reingewinn zur Verfügung stehenden Mittel erhöhten sich bei alledem um etwa 220 vH. Von den Gesamtgewinnen wurden 1948 knapp 40 vH für die Zahlung von Dividenden und Zinsen aufgewandt, während es 1938 noch gut zwei Drittel waren. Auf den Reingewinn, der 1938 22 vH der Gesamtgewinne ausmachte, entfallen 1948 28 vH.

Die Gegenüberstellung dieser beiden Jahre zeigt, daß die nominell sehr stark gestiegenen Gesamtgewinne in großem Umfange dazu dienten, den erhöhten steuerlichen Verpflichtungen nachzukommen, die 1948 mehr als 30 vH der Gesamtgewinne¹⁾, 1938 aber nur 11 vH beanspruchten. Die auf Dividenden und Zinsen entfallenden Mehrbeträge spielen — was auch in der britischen Lohndebatte meist nicht ausreichend beachtet wird —, verglichen mit den erzielten Gesamt-

gewinnsteigerungen eine untergeordnete Rolle. (Berücksichtigt man die Steigerung der Lebenshaltungskosten von 1938 bis 1948, die 72 vH ausmacht, so ist der Kaufkraftwert der für Zinsen und Dividenden aufgewandten Beträge sogar gesunken.) Auch im Vergleich zu der Entwicklung der gesamten Lohneinkommen, die sich zwischen 1938 und 1948 von 1735 Mill. £ auf 3975 Mill. £, also um 123 vH erhöht haben, sind die Zins- und Dividendeneinkommen stark zurückgeblieben. Diese unterschiedliche Bewegung der Lohneinkommen bzw. Dividenden- und Zinseinkommen ist ein wesentlicher Bestandteil der im Verlauf des letzten Jahrzehnts bereits verwirklichten Einkommensegalisierung.

Die Rückwirkungen der erschwerten Sparkapitalbildung deuten sich in den Verschiebungen in der Investitionsfinanzierung an.

Die britischen Inlandsinvestitionen
nach Finanzierungsquellen¹⁾
Mill. £

	1938	1946	1947	1948
Abschreibungen der Gesellschaften	360	600	645	715
Reingewinne	170	285	425	545
Selbstfinanzierung der Unternehmungen insgesamt	530	885	1070	1260
Persönliche Ersparnisse	221	822	329	220
Private Investitionsmittel	751	1707	1399	1480
Öffentliche Investitionsmittel	—51	—802	11	752
Inländ. Investitionsmittel insgesamt	700	905	1410	2232
Darlehn usw. aus dem Ausland	70	380	630	120

¹⁾ Nach „The Economist“, 9. April 1949.

Neben den aus der gesetzlichen Abschreibung und dem Reingewinn der Gesellschaften für Ersatz- und Neuinvestitionen zur Verfügung stehenden Mittel fallen die von der privaten Spartätigkeit in den Jahren 1947 und 1948 aufgetragenen Beträge für die Finanzierung der Kapitalansprüche der Wirtschaft nicht nennenswert ins Gewicht. Während 1938 noch 30 vH der privaten Investitionsmittel durch persönliche Ersparnisse erstellt wurden, beliefen sich die entsprechenden Ziffern für 1947 und 1948 nur noch auf 23 bzw. 14 vH. (Das Jahr 1946 kann, da die Wirtschaft damals noch eindeutig unter den allseitigen Mangelerscheinungen der Nachkriegszeit litt und die Verbraucherausgaben durch die Warenknappheit begrenzt waren, für Vergleiche nur mit Einschränkungen herangezogen werden.)

Die im Fiskaljahr 1949 auf Grund der Kontenbewegung der Geldinstitute zu erwartende negative Spartätigkeit dürfte die Verlagerung der Investitionsfinanzierung vom Kapitalmarkt in die Unternehmungen begünstigt haben und die Bedeutung der Selbstfinanzierung der Wirtschaft noch stärker unterstreichen.

¹⁾ Der Economist berechnet auf Grund der Gesellschaftsberichte rd. 40 vH.

Die Sozialversorgten in Deutschland

Die Steigerung der Ausgaben für soziale Zwecke auf das Mehrfache der vor dem ersten Weltkrieg dafür aufgewandten Beträge¹⁾ ist wohl zu einem Teil auf die Verbesserung der Leistungen, auf die gesetzliche Erweiterung des Personenkreises und die Einführung neuer Versorgungszweige, z. B. Arbeitslosenfürsorge und Familienunterhalt, zurückzuführen. In der Hauptsache beruht sie jedoch auf der wachsenden Zahl der zu versorgenden Personen, die nicht nur absolut gestiegen ist, sondern auch einen viel größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung einnimmt als früher. Diese Zunahme ist zum Teil durch den veränderten Altersaufbau der Bevölkerung bedingt: nach den vier letzten Volkszählungen hat sich der Anteil der über 60jährigen Männer und Frauen an der Gesamtbevölkerung wie folgt entwickelt²⁾:

	1910	1925	1939	1946
über 60 Jahre alte Männer und Frauen je 100 Einwohner	7,8	9,2	12,3	14,1

Daneben aber muß — als unmittelbare und mittelbare Folge zweier Weltkriege — eine Millionenzahl von Kriegsverwehrten, Kriegshinterbliebenen, Arbeitslosen und von solchen Personen versorgt werden, die durch Ausweisung, Währungsentwertung und Kriegsschäden verschiedener Art ihres gesamten Vermögens, oft auch ihrer Wohnung und ihrer beweglichen Habe beraubt worden sind.

Diese Notwendigkeit stellt jedoch nicht nur große materielle Forderungen an die wirtschaftliche Kraft des Volkes, sie beschleunigt und beeinflußt zugleich seit mehr als 30 Jahren wesentlich die sozialrechtliche Entwicklung: in steigendem Maße werden dem einzelnen Hilfsbedürftigen Rechtsansprüche auf Hilfe durch die Allgemeinheit zuerkannt, wobei den verschiedenen Ursachen der Hilfsbedürftigkeit Rechnung getragen wird. Die verschiedenen Formen der Altersrente sind die Anerkennung des in lebenslänglicher Arbeit geleisteten Beitrages zum Sozialprodukt; daß das Ergebnis dieser Arbeit durch Inflation und Krieg zum großen Teil vernichtet worden ist, kann an der Rechtsverpflichtung der Allgemeinheit gegenüber den Alten nichts ändern. Die Renten für Kriegsverwehrte und Unfallverletzte sollen einen Ausgleich für die ohne eigene Schuld verlorene Arbeitsfähigkeit bilden; die Arbeitslosenunterstützung soll den arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeitslosen vor sozialer Gefährdung schützen, seine Arbeitsfähigkeit erhalten

und seine Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß erleichtern. Damit hat der heutige Empfänger von Sozialversorgung in rechtlicher wie in ideeller Hinsicht eine Stellung erhalten, die mit der des „deklassierten“ Unterstützungsempfängers früherer Zeiten nicht zu vergleichen ist.

Die gewaltige Zunahme der Zahl der sozialversorgten Personen im Vergleich zu der Zeit vor dem ersten Weltkrieg ist jedoch nicht nur soziologisch, sondern auch volkswirtschaftlich von großer Bedeutung. Dabei sind die unmittelbaren Geldleistungen, die für die Sozialversorgten aufgebracht werden müssen, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht einseitig nur als Opfer oder Belastung anzusehen: sie fließen ja über den Verbrauch wieder in die Wirtschaft zurück, bewirken also im Grunde nur eine anderweitige Verteilung des Sozialprodukts. Dagegen bedeutet es eine echte Minderung des Sozialprodukts, wenn unter den Sozialversorgten diejenigen Jahrgänge unverhältnismäßig stark vertreten sind, die unter normalen Umständen arbeitsfähig wären und das Sozialprodukt vermehren würden, jetzt aber als Kriegsverwehrte und Arbeitslose für die wirtschaftliche Leistungskraft des Volkes ausfallen. Gerade dieser Wandel in der Zusammensetzung der sozialversorgten Bevölkerung ist es, der neben dem Steigen ihrer absoluten Zahl die Volkswirtschaftspolitik vor schwere Aufgaben stellt.

Vor dem ersten Weltkrieg

Im Jahre 1913 setzten sich die Sozialversorgten aus den folgenden Gruppen zusammen:

Invalidenversicherungsrentner ¹⁾ insgesamt	1 278 000
Rentenempfänger der Unfallversicherung (Verletzte und Hinterbliebene)	1 010 000
Arbeitsunfähig erkrankte Arbeitnehmer (Jahresdurchschnitt)	364 000
Empfänger öffentlicher Fürsorge	894 000 ²⁾
Insgesamt	3 546 000

Von der Gesamtzahl entfielen demnach mehr als ein Drittel (36 vH) allein auf die Rentenempfänger der Invalidenversicherung und mehr als ein Viertel (28,5 vH) auf die Empfänger von Renten aus der Unfallversicherung, rund ein Viertel (25,2 vH) auf die Empfänger öffentlicher Fürsorge und rund ein Zehntel auf die arbeitsunfähig Erkrankten (10,3 vH). Die Gesamtheit der Sozialversorgten bestand mithin nur aus solchen Kategorien, die auch in „normalen“ Zeiten zum Bilde jeder Volkswirtschaft gehören.

¹⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 3, 1950, „Entwicklung und Zusammensetzung des Sozialaufwandes“.

²⁾ Statist. Jahrbuch 1928, S. 17, und Berliner Statistik, 1949, Nr. 10/11, S. 238.

¹⁾ Empfänger von Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten der Invalidenversicherung.

²⁾ Geschätzt.

Zwischen den Weltkriegen

Die grundlegende Veränderung, die bereits der erste Weltkrieg für die Struktur der sozialversorgten Bevölkerung mit sich gebracht hat, zeigt die Entwicklung der Sozialversorgten nach Betreuungszweigen in den Jahren 1927, 1932 und 1938¹⁾. Gewiß hat auch die bereits oben erwähnte Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung und die Erweiterung des Personenkreises erheblich zur Steigerung der Zahl der Sozialversorgten beigetragen; sie ist durch eine Zunahme der Altersrentner gekennzeichnet: Die Zahl der Rent-

Laufend Sozialversorgte
1000 Personen

	1927	1932	1938 ¹⁾	Ende 1949	
				Bundesrepublik	Westberlin
Invalidenversicherungsrentner insgesamt	2972	3257	3646	3263	310
Angestelltenversicherungsrentner insgesamt	128	291	463		
Rentenempfänger der knappschaftlichen Pensionsversicherung	350	337	415	467	
Rentenempfänger der Unfallversicherung	867	634	659	557	
Arbeitsunfähig Erkrankte	530	427	581	535	38
Kriegsbeschädigte u. -hinterbliebene	2318 ²⁾	1993 ³⁾	1871 ³⁾	3800 ⁴⁾	112 ⁴⁾
Unterstützte Arbeitslose (ohne Kurzarbeiter)	1078	4583	256	1030	193
Empfänger öffentlicher Fürsorge ⁵⁾					
a) laufend in offener Fürsorge unterstützte Personen	1488	2029	1286	2873	219
b) in geschlossener Fürsorge betreut. Person.	457	481	556	.	.
Sozialversorgte (Durchschnitt des Jahres)	10188	14032	9733	12525	872

1) Altreich. — 2) Nach der Reichszählung vom Okt. 1924. — 3) Geschätzt. — 4) Versorgte einschl. Versorgungsanwärter. — 5) Soweit möglich Doppelzählungen ausgeschaltet.

ner der Invalidenversicherung hat sich von 1913 bis 1938 auf fast das Dreifache erhöht, wozu noch rund 880 000 Rentenempfänger der Knappschafts- und der Angestelltenversicherung kommen. Auf dem Sektor der Sozialversicherung ist lediglich bei den Rentenempfängern der Unfallversicherung ein Rückgang gegenüber 1913 festzustellen, obgleich seit dieser Zeit auch die Be-

rufskrankheiten als entschädigungspflichtig anerkannt worden sind: ein Erfolg der ständigen Arbeit an der Verbesserung des Unfallschutzes¹⁾. Aber die Zahlen der Kriegsversehrten und -hinterbliebenen und die der unterstützten Arbeitslosen erreichten zusammen im Jahre 1927 fast vier Fünftel der Zahl der Sozialversicherungsrentner (78,7 vH), im Jahre 1932 waren sie sogar um mehr als ein Drittel höher (136 vH).

Wenn auch diese Menschen nicht alle voll aus Mitteln des Sozialaufwandes unterhalten wurden — insbesondere die Witwen- und Waisenrenten stellten häufig nur einen Zuschuß dar, ferner gingen Tausende von Kriegsbeschädigten und Unfallverletzten trotz ihres Leidens bezahlter Arbeit nach —, so zeigt doch die im Vergleich zur Vorkriegszeit auf das Mehrfache gestiegene Anzahl der einer sozialen Hilfe bedürftigen Personen die durch den Krieg verursachten Verluste an Volkskraft und Volksvermögen.

Nach dem zweiten Weltkrieg

Die bisher vorliegenden Ziffern über die einer sozialen Versorgung bedürftigen Bevölkerungskreise geben nur ein sehr unvollkommenes Bild von der allgemeinen Verarmung im Gefolge des zweiten Weltkrieges. Für die sowjetische Besatzungszone wie den sowjetischen Sektor Berlins stehen neue zuverlässige Zahlen überhaupt nicht zur Verfügung; Ende 1948 gab es in der sowjetischen Besatzungszone rund 2 Millionen Sozialversicherungsrentner und rund 512 000 Empfänger von Kriegsversorgung. Demnach beläuft sich die Zahl der Sozialversicherungsrentner für alle Besatzungszonen und Berlin zusammen auf 6 bis 7 Millionen, die der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen auf 4 bis 5 Millionen. Die Veränderung der sozialen Struktur ist aber mit diesen Zahlen noch bei weitem nicht ausreichend gekennzeichnet. Rund 8,5 Millionen von ihren Wohnsitzen Vertriebene und Millionen durch Kriegsschäden ihrer Wohnung und gesamten Habe Beraubte stellen die westdeutsche Volkswirtschaft vor Aufgaben, die mit den bisherigen Organisationsformen sozialer Hilfe allein nicht zu meistern sein dürften. „Soforthilfe“ und „Lastenausgleich“ werden nur den Anfang des neuen Weges zu ihrer Lösung bilden; ein die Kriegsbeschädigten, Heimatvertriebenen und Alten umfassendes soziales Hilfswerk wird augenblicklich von der Bundesregierung erörtert.

¹⁾ Diese Jahre wurden ausgewählt, weil sie jeweils für die verschiedenen Wirtschaftsperioden zwischen den Kriegen charakteristisch sind.

¹⁾ Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften entfielen auf 1000 Versicherte 1913 0,62, 1932 0,28 tödliche Betriebsunfälle. (Reichsarbeitsblatt 1936, S. IV 380.)